

Fragen des StEB Wiesbaden an die Kandidatinnen und Kandidaten für die Stadtverordnetenversammlung der LH Wiesbaden

1. Welche drei schulbezogenen Themen haben für Ihre Fraktion in der kommenden Wahlperiode oberste Priorität – und warum?

- Welche drei schulpolitischen Themen haben für Ihre Fraktion in der Wahlperiode 2026–2031 oberste Priorität – und wie begründen Sie diese Priorisierung vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen (Lehrkräftemangel, angespannte Haushaltslage vieler Kommunen, steigende Schülerzahlen, Ganztagsanspruch ab kommendem Schuljahr)?
- Welche konkreten Ziele (messbar und mit Zeitrahmen) wollen Sie bis 2031 im Schulbereich erreicht haben?
- Wie stellen Sie sicher, dass schulpolitische Themen trotz finanzieller Belastungen (z. B. steigende Baukosten, Energiekosten, Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst) ausreichend finanziert werden?

Antworten

SPD:

1. Ausbau und Sanierung von Schulgebäuden

Priorität: Neubau, Erweiterung und Modernisierung von Schulen sowie bessere Ausstattung (z. B. Mensen, Sporthallen).

Warum?

- Wiesbaden wächst und die Zahl der Schülerinnen und Schüler steigt.
- Viele Gebäude müssen saniert oder erweitert werden.
- Gute Lernbedingungen hängen stark von moderner Infrastruktur ab.

Die SPD plant daher hohe Investitionen in Schulbau und Bildung, etwa für neue Schulgebäude, Mensen und Sporthallen. Für 2026 sind dafür über 50 Millionen Euro vorgesehen.)

2. Mehr Chancengleichheit durch soziale Unterstützung

Priorität: Förderung von Kindern aus sozial benachteiligten Familien, z. B. durch Schulsozialarbeit oder zusätzliche Förderangebote.

Warum?

- Bildungschancen hängen häufig vom sozialen Hintergrund ab.
- Schulen mit vielen Kindern aus einkommensschwachen Familien brauchen mehr Unterstützung. Dafür setzt die SPD in Wiesbaden unter anderem auf einen „Sozialindex“ für Grundschulen, der Schulen mit höherem Armutsanteil zusätzliche Mittel gibt – etwa für Hausaufgabenhilfe oder individuelle Förderung.

Außerdem soll Schulsozialarbeit weiter ausgebaut werden, sodass an allen wichtigen Schulformen entsprechende Angebote vorhanden sind.

3. Digitalisierung der Schulen

Priorität: Digitale Ausstattung und moderne Lernmittel.

Warum?

- Digitale Kompetenzen sind wichtig für Ausbildung und Arbeitsmarkt.
- Schulen müssen technisch auf dem aktuellen Stand sein.

Die SPD unterstützt deshalb z. B. die schrittweise 1:1-Ausstattung von Schülerinnen und Schülern mit Tablets, um digitales Lernen zu erleichtern.

Bündnis 90 / Die Grünen:

1. Chancengerechtigkeit und gute Ganztagschulen

Der ab 2026 geltende Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ist eine große Chance für mehr Bildungsgerechtigkeit. Wir wollen Ganztagsangebote nicht nur quantitativ ausbauen, sondern auch qualitativ stärken – mit multiprofessionellen Teams, pädagogischen Konzepten und guten Lernräumen. Ziel ist ein verlässliches Ganztagsangebot an allen Grundschulen in Wiesbaden.

Unser Ziel bis 2031:

- Gut ausgebaute Ganztagsangebote an allen Grundschulen
- Ausbaquote von mindestens 90 % Betreuungsplätzen
- verlässliche Betreuung bis 17 Uhr mit pädagogischem Konzept

2. Schulen sanieren, ausbauen und klimafit machen

Viele Schulgebäude sind sanierungsbedürftig und gleichzeitig steigen die Schülerzahlen. Deshalb wollen wir die bisherige Schulbauoffensive – die jetzige Kooperation hat Projekte im Umfang von 500 Mio. Euro auf den Weg gebracht – konsequent fortsetzen und Kapazitäten, wo notwendig, in einem beschleunigten Verfahren erweitern. Dabei verbinden wir Schulbau mit Klimaschutz und Aufenthaltsqualität. Energieeffiziente Gebäude, Photovoltaik und begrünte Schulhöfe und „grüne Klassenzimmer“ sind für uns selbstverständlich. Entsprechende Projekte werden bereits an Wiesbadener Schulen umgesetzt.

Unser Ziel bis 2031:

- systematischer Abbau des Sanierungsstaus
- mehr begrünte und verschattete Schulhöfe
- ausreichende Räume für Ganzttag und inklusive Bildung

3. Gute Lernbedingungen: Gesundheit, Digitalisierung und Inklusion

Unsere kommunale Verantwortung für moderne Schulen geht über das Gebäude selbst hinaus. Für uns gehören dazu auch eine funktionierende digitale Infrastruktur, multiprofessionelle Teams, Schulsozialarbeit und inklusive Lernumgebungen. Unser Ziel ist eine Schule, in der alle Kinder – unabhängig von Herkunft, Einkommen oder Behinderung – gut lernen und leben können.

Unser Ziel bis 2031:

- stabile digitale Infrastruktur an allen Schulen
- Bedarfsgerechter Ausbau der Schulsozialarbeit
- konsequente Umsetzung inklusiver Bildung
- mehr echte und verlässliche Ganztagschulen

Finanzierung trotz angespannter Haushaltslage?

Wir setzen dabei auf mehrere Instrumente:

- Priorisierung von Bildung im kommunalen Haushalt
- Nutzung von Bundes- und Landes- und Bundesförderprogrammen (z. B. Sondervermögen für Infrastruktur, Ganzttag, Klimaanpassung, Schulbau)
- nachhaltige Bauweise, die langfristig Energie- und Betriebskosten senkt
- langfristige Schulentwicklungsplanung, Angebot an IGS mit Oberstufen ausbauen

Für uns gilt: Investitionen in Bildung sind Zukunftsinvestitionen und müssen höchste Priorität haben. Daher haben wir u.a. eine kostenfreie Nutzung der Stadtbibliothek durchgesetzt. Allerdings ist hier auch das Land gefordert. Die aktuellen Kürzungen des hessischen Kultusministeriums bei den IGS und Sozialindex gehen genau in die falsche Richtung.

AfD:

Die AfD Rathausfraktion sieht drei zentrale Prioritäten für den schulischen Bereich in Wiesbaden, die in den Verantwortungsbereich der Stadt als Schulträger fallen.

1. Sanierung und Instandhaltung der Schulgebäude

Viele Schulen leiden unter einem erheblichen Sanierungsbedarf. Funktionierende Gebäude sind jedoch die Grundvoraussetzung für gutes Lernen.

Unsere Priorität ist daher:

- konsequente Sanierung bestehender Schulgebäude
- Verbesserung des Zustands der Schultoiletten
- langfristige Sicherung der baulichen Qualität der Schulstandorte

2. Ausbau der Schulkapazitäten

Steigende Schülerzahlen stellen die Stadt Wiesbaden vor erhebliche Herausforderungen. Die Stadt muss deshalb frühzeitig:

- Schulgebäude erweitern
- zusätzliche Kapazitäten schaffen
- ausreichend Räume für Betreuung und Ganztagsangebote bereitstellen

Ziel muss sein, dauerhafte Provisorien wie Containerlösungen möglichst zu vermeiden.

3. Sichere Schulwege

Ein sicherer Schulweg ist für viele Familien ein zentrales Anliegen.

Die Stadt Wiesbaden ist als Straßenbaulastträger dafür verantwortlich, die Verkehrssituation rund um Schulen so zu gestalten, dass Kinder sicher zur Schule gelangen können.

Finanzierung schulischer Infrastruktur:

Investitionen in Schulen gehören zu den zentralen Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge.

Für die AfD Rathausfraktion hat die Funktionsfähigkeit öffentlicher Infrastruktur Vorrang vor freiwilligen Prestigeprojekten. Eine klare Priorisierung im städtischen Haushalt ist deshalb notwendig, um ausreichend Mittel für Schulbau, Sanierung und Infrastruktur bereitzustellen.

CDU:

1. Ausreichend Schulplätze und moderne Schulgebäude

Wiesbaden wächst, die Schülerzahlen steigen kontinuierlich. Für uns hat daher der Ausbau und die Modernisierung der Schulgebäude oberste Priorität. Die Stadt als Schulträger muss rechtzeitig zusätzliche Kapazitäten schaffen – durch Neubauten, Erweiterungen und Sanierungen. Moderne, gut ausgestattete Schulen sind eine zentrale Voraussetzung für gute Bildung und für attraktive Lern- und Arbeitsbedingungen für Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte.

2. Verlässliche Betreuung und qualitativ hochwertige Ganztagsangebote

Mit dem bundesweiten Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule steht Wiesbaden vor einer großen organisatorischen und finanziellen Herausforderung. Unser Ziel ist ein verlässliches, qualitativ hochwertiges und für Familien planbares Ganztagsangebot. Dazu gehören ausreichend Räume, eine gute Zusammenarbeit mit freien Trägern sowie tragfähige Konzepte für Personal, Betreuung und pädagogische Qualität.

3. Gute Lernbedingungen durch Digitalisierung und funktionierende Infrastruktur

Digitale Ausstattung, stabile Netze und zeitgemäße Lernmittel sind heute grundlegende Voraussetzungen für modernen Unterricht. Gleichzeitig müssen Schulen organisatorisch entlastet werden, damit sich Lehrkräfte auf ihren Kernauftrag konzentrieren können. Als Schulträger wollen wir dafür sorgen, dass digitale Infrastruktur, IT-Support und Ausstattung zuverlässig funktionieren.

Diese Prioritäten setzen wir bewusst, weil sie direkt im Verantwortungsbereich der Kommune liegen und entscheidend dazu beitragen, trotz Lehrkräftemangel und steigender Schülerzahlen gute Rahmenbedingungen für Bildung in Wiesbaden zu sichern.

Bis 2031 wollen wir als CDU-Rathausfraktion im Schulbereich konkrete, überprüfbare Fortschritte erreichen. Unser Fokus liegt dabei auf den Aufgaben der Stadt als Schulträger.

1. Ausreichende Schulplätze und moderne Gebäude

Unser Ziel ist, dass bis 2031 alle prognostizierten Schülerzahlen in Wiesbaden ohne Provisorien und Containerlösungen aufgenommen werden können. Dafür wollen wir den Bau neuer Schulen und die Erweiterung bestehender Standorte konsequent vorantreiben. Gleichzeitig soll der bestehende Sanierungsstau deutlich reduziert werden. Konkret streben wir an, dass jährlich mehrere größere Sanierungs- oder Erweiterungsprojekte abgeschlossen werden und alle Schulen über eine zeitgemäße bauliche Infrastruktur verfügen.

2. Umsetzung des Ganztagsanspruchs in der Grundschule

Bis spätestens 2029 – mit vollständigem Inkrafttreten des bundesweiten Rechtsanspruchs – sollen alle Wiesbadener Grundschulen über ausreichende räumliche und organisatorische Voraussetzungen für ein verlässliches Ganztagsangebot verfügen. Unser Ziel ist, dass jedes Grundschulkind bei Bedarf einen Betreuungsplatz erhält und die Angebote qualitativ hochwertig und verlässlich organisiert sind.

3. Vollständige digitale Grundausstattung aller Schulen

Bis 2031 sollen alle Wiesbadener Schulen über eine flächendeckende WLAN-Versorgung, moderne Präsentations- und Lerntechnik in allen Unterrichtsräumen sowie einen funktionierenden IT-Support verfügen. Gleichzeitig wollen wir sicherstellen, dass digitale Ausstattung regelmäßig erneuert wird und nicht nach wenigen Jahren veraltet ist.

Entscheidend ist für uns: Die Stadt muss verlässliche Rahmenbedingungen schaffen, damit Schulen gute Bildungsarbeit leisten können. Dazu gehören ausreichend Platz, moderne Infrastruktur und planbare Betreuungsangebote für Familien.

Die CDU-Rathausfraktion ist überzeugt: Investitionen in Bildung und Schulen gehören zu den wichtigsten Zukunftsinvestitionen einer Kommune. Gerade in finanziell angespannten Zeiten müssen deshalb klare Prioritäten gesetzt werden.

1. Priorität für Bildung im städtischen Haushalt

Schulbau, Sanierung, Betreuung und Ausstattung der Schulen müssen im Haushalt der Landeshauptstadt Wiesbaden weiterhin einen hohen Stellenwert haben. Für uns gilt: Pflichtaufgaben und zentrale Zukunftsbereiche wie Bildung dürfen nicht durch weniger dringliche Projekte verdrängt werden. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Investitionen in Schulen im Haushalt langfristig abgesichert werden.

2. Realistische Planung und effizientes Projektmanagement.

Steigende Baukosten machen es umso wichtiger, Projekte frühzeitig, realistisch und wirtschaftlich zu planen. Wir wollen Planungsprozesse beschleunigen, standardisierte Baukonzepte stärker nutzen und Projekte konsequent priorisieren, damit vorhandene Mittel möglichst effizient eingesetzt werden.

3. Nutzung von Fördermitteln von Bund und Land.

Die Stadt darf mögliche Förderprogramme nicht ungenutzt lassen. Programme etwa für Ganztagsausbau, energetische Sanierung oder Digitalisierung müssen konsequent genutzt werden. Gleichzeitig erwarten wir vom Land Hessen, dass es die Kommunen bei der Umsetzung des Ganztagsanspruchs finanziell ausreichend unterstützt.

Unser Ziel ist eine verantwortungsvolle Finanzpolitik, die solide Haushaltsführung mit klaren Investitionsprioritäten verbindet. Bildung und gute Schulen müssen dabei auch in schwierigen Zeiten ein Schwerpunkt bleiben.

Die Linke:

Priorität haben für uns der weitere Abbau des Sanierungsstaus, die rechtzeitige Errichtung von Schulen angesichts der großen Neubaugebiete und die Ausstattung der Schulen für den Ganztagsanspruch.

Gute Kindertagesstätten und Schulen sind wir der jungen Generation schuldig. Sie wird in Zukunft durch ihre Haltung, durch ihre Bildung und Ausbildung die Wirtschaftskraft unseres rohstoffarmen Landes sichern müssen. Aktuell sind gute und ausreichende, allgemein zugängliche Bildungseinrichtungen ein bedeutender Standortfaktor – wie auch Wirtschaftsverbände immer wieder betonen.

Der Investitionsetat für Schulen muss im Vergleich zur Vergangenheit, auch zu den letzten Jahren, deutlich ausgeweitet werden.

Städtische Gelder dürfen nicht wieder in überhöhten, niedrig verzinsten Rücklagen "geparkt" werden, sondern müssen jeweils aktuell in die Zukunft investiert werden. Die Finanzmittel der Kommunen müssen erheblich erhöht werden.

FDP:

Unsere drei Top-Prioritäten sind:

1. *Moderne Schulen für alle:*

Auch in finanziell schwierigen Zeiten wollen wir weiter mutig in die Bildung investieren.

2. *Digitale Bildung vorantreiben:*

moderne und digitale Lernmittel statt teuren Elektroschrott

3. *Chancengerechtigkeit in den Fokus der kommunalen Bildungspolitik nehmen:*

Kürzungssorgie von CDU und SPD im Bildungsbudget des Landes darf nicht auf Wiesbaden durchschlagen

Unsere konkreten Ziele:

Das Investitionsvolumen im Schulbau wird bis 2031 nicht gekürzt, sondern bei finanziellem Spielraum erhöht.

Mit einem separaten Topf für Investitionen für Schultoiletten und Digitalgeräte wird es am Ende der Wahlperiode keine heruntergekommenen Toiletten mehr geben. Alle digitalen Geräte werden vor ihrer Obsoleszenz ausgetauscht.

Gerade bei knappen Haushalten gilt für uns: Bildung hat Priorität Nummer eins. Das heißt, Investitionen in Schulen und Bildung müssen Vorrang haben. Im städtischen Haushalt muss endlich priorisiert werden.

Wir brauchen in Wiesbaden endlich eine echte Aufgaben- und Ausgabenkritik. Denn Wiesbaden hat kein Einnahmen- sondern ein Ausgabenproblem. Die Stadt muss sich deswegen endlich wieder auf ihre Kernaufgaben fokussieren - zuvorderst die frühkindliche und schulische Bildung. Damit hierfür genug Geld zur Verfügung steht, werden wir auch in der nächsten Wahlperiode gegen teure Prestigeprojekte mit zweifelhaftem Nutzen eintreten, so z.B. auch die von den Bürgern abgelehnte, aber von SPD, Grünen und Linken wieder aus der Schublade geholte Idee einer Straßenbahn mit Investitionskosten in Milliardenhöhe.
